Konflikt bei der Schaffung von günstigem Wohnraum

Bad Cannstatt : Vier Baugenossenschaften hoffen auf Einigung mit der Stadt für zwei Grundstücke im Neckarpark

Von Iris Frey

Die Gemeinderatsfraktion der Freien Wähler beschäftigt sich in einem Antrag mit dem Thema preiswertes Wohnen im Neckarpark. Der Grund: die Baugenossenschaft (BG) Bad Cannstatt, die Landes-Bau-Genossenschaft Württemberg (LBG), die BG Münster und die BG Gartenstadt Luginsland wollen dort günstigen Wohnraum erstellen. Allerdings gibt es Probleme, wie einem gemeinsamen Schreiben der vier Baupartner an OB Fritz Kuhn zu entnehmen sei. Darin werden die Begleitumstände zweier Vorhaben auf den Baufeldern Q5 West und Q5 Ost (hinter der künftigen Volksbank Stuttgart) aufgezeigt, die offenbar das Ziel konterkarieren,

dort in absehbarer Zeit günstigen Wohnraum zu schaffen, so die Antragssteller. So gehe es um den im Grundstücks-Exposé der Stadt genannten Anschlusskostenbeitrag, der sich jetzt im Kaufvertragsentwurf je Baufeld mehr als verdoppelt habe, und zwar von 113 069 Euro auf 226 461 Euro. Zudem gebe es ein Stellplatzproblem. Dem Brief sei zu entnehmen, dass auf den Baufeldern Q5 West und Q5 Ost rund 30 Stellplätze weniger als die erforderlichen 104 Stück errichtet werden können. Die von der Stadtverwaltung angebotene Lösung, die fehlenden Stellplätze im Anwohnerparkhaus der Stadt nachzuweisen, würde bei 30 Stellplätzen einen Entschädigungsbeitrag in Höhe von 960 000 Euro und den Abschluss eines

langfristigen Stellplatz-Mietvertrags auslösen. Gleichzeitig sei die Höhe der Miete für die Stellplätze noch unbekannt, so die Antragssteller. Die am Verfahren beteiligten Baugenossenschaften hätten sich auf die Informationen, wie sie in den Ausschreibungsunterlagen zu den Baufeldern vom 26. Februar 2018 aufgeführt sind, verlassen, ihre Planungen und Kostenkalkulationen anhand dieses Zahlenmaterials vorgenommen und sich auf dieser Grundlage um die Baufelder beworben. Die beiden genannten Punkte hätten zum Ergebnis, dass die Wohnungen insgesamt deutlich teurer würden und das Ziel, günstigen Wohnraum zu schaffen, verfehlt werde, heißt es in dem Antrag. Den Freien Wählern ist an einer raschen Klärung der

aufgeworfenen Fragen gelegen. Sie beantragen einen zielführenden Bericht der Stadtverwaltung in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Technik. Sie fordern Antworten zu folgenden Fragen: Wie es zur Verdopplung des Anschlusskostenbeitrags komme. Offensichtlich seien die beiden Baufelder zu klein, um die geforderte Anzahl von Wohnungen mit dem gewünschten Wohnungsmix und die dafür erforderlichen Stellplätze zu schaffen. „Eine mögliche Lösung könnte sein – wie bei Bauvorhaben der SWSG geschehen – den Stellplatzschlüssel zu verändern“, so die Freien Wähler. Sie fragen nach weiteren Lösungsansätzen, mit denen der Bau der Wohnungen nicht verteuert wird.